

## **Resolution des Landkreises Schweinfurt zu SuedLink**

**Verabschiedet in der Sitzung des Kreistags vom 18.03.2015**

Der Kreistag Schweinfurt richtet an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin und an die Bayerische Staatsregierung, Herrn Ministerpräsidenten Horst Seehofer, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München eine Resolution mit folgendem Wortlaut:

Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt erkennt – auch und gerade vor dem Hintergrund des im Landkreis Schweinfurt gelegenen Kernkraftwerks Grafenrheinfeld – die Notwendigkeit der Energiewende an.

Er spricht sich aber gegen die aktuell geplante SuedLink-Stromtrasse aus, da deren Bedarf noch immer nicht im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzepts nachgewiesen wurde.

Bei dieser Bedarfsüberprüfung ist insbesondere auch kritisch zu hinterfragen,

- welche Auswirkungen das EEG 2014 auf den Umfang und die regionale Verteilung der künftigen Erzeugung erneuerbarer Energien hat,
- welche sinnvollen Alternativen zu „Stromautobahnen“ mit Gleichstromtechnik genutzt werden können, die zu einer Minimierung der Beeinträchtigung der Gesamtbevölkerung führen (z. B. Aufrüstung und Verknüpfung bestehender Netze, Nutzung innovativer Technologien wie Hochtemperaturseile oder Power-to-X-Technologien, Nutzung des bestehenden Gasnetzes zur Abpufferung von Energiespitzen),
- welche Potentiale an dezentraler Erzeugung erneuerbarer Energien in ganz Bayern noch genutzt werden können, um einen etwaigen Übertragungsbedarf zu minimieren sowie
- zwischen welchen Räumen tatsächlich ein Übertragungsbedarf für Energie besteht.

Der Energiedialog der Bayerischen Staatsregierung hat aufgezeigt, dass der Netzausbau in der geplanten Dimension nicht notwendig ist. Auch wurde deutlich, dass die Optimierung der bestehenden Strom-Infrastruktur, soweit ein Ausbau der Netze erforderlich ist, erhebliches Potential in sich trägt.

Um bewerten zu können, welche Trassen tatsächlich erforderlich sind, muss die Frage nach dem Netzausbau gemeinsam mit der Frage nach der Förderung von konventionellen Kraftwerken zur Netzstabilisierung und Versorgungssicherheit von den Bundesregierung und dem Bundeswirtschaftsminister beantwortet werden. Es ist richtig, dass diese Forderung und die Ergebnisse des Energiedialogs nun in die Verhandlungen auf Bundesebene eingebracht werden. Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt schließt sich insbesondere der Forderung des Freistaats Bayern an den Bund an, dass der Szenariorahmen nach § 12 a Abs. 1 Satz 1 EnWG als Grundlage für den Netzentwicklungsplan künftig nicht mehr gemeinsam durch die Netzbetreiber, sondern durch eine unabhängige Bundesbehörde erstellt werden soll. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass den Interessen der Bevölkerung genauso Beachtung geschenkt wird wie den Interessen der Energiewirtschaft und der Wirtschaftsunternehmen.

Der von Staatsministerin Aigner durchgeführte Energiedialog belegt die Erforderlichkeit von Stromtrassen nicht.

Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt fordert deshalb von der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung insbesondere auch den Netzverknüpfungspunkt Grafenrheinfeld äußerst kritisch in Frage zu stellen insbesondere aus folgenden Gründen:

- Die bestehenden Netzstrukturen müssen bereits Mitte 2015 den Wegfall des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld (KKG) verkraften. Im Laufe des Jahres 2017 soll mit der Thüringer Strombrücke und ihrer Südwest-Verkupplung nach Grafenrheinfeld bereits eine Netzertüchtigung erfolgt sein; erst sieben (!) Jahre nach der Abschaltung des KKG, nämlich frühestens 2022, kann der SuedLink einen beachtenswerten Faktor in der Netzarchitektur um den Kernkraftwerksstandort Grafenrheinfeld darstellen.
- Die SuedLink-Stromtrasse dürfte deshalb für die Versorgung des nordbayerischen Raumes mit Strom nicht erforderlich sein, sondern vielmehr der Versorgung der südbayerischen und baden-württembergischen Industriezentren dienen.
- Nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Bayern fördert und sichert der Staat gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land. Soweit die vorgeschlagene Trasse durch den Landkreis Schweinfurt führt, ist dieser ohnehin im Hinblick auf Lebensqualität, Landschaftsbild und landwirtschaftliche Nutzfläche bereits stark belastet aufgrund des Kernkraftwerks, der daran anbindenden Stromtrassen sowie der Bundesautobahnen A7, A70 und A71.
- Zudem haben der Landkreis Schweinfurt und seine Gemeinden durch bislang 32 bestehende Windkraftanlagen, 11 weitere genehmigte, aber noch nicht errichtete Windkraftanlagen, die Biomüllvergärungsanlage am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle sowie verschiedenen Biogas- und Photovoltaikanlagen bereits einen sehr wichtigen Beitrag zur Erzeugung erneuerbaren Stroms und zur Energiewende geleistet, der nicht unbeachtet bleiben darf.